

Beitrittserklärung

Ich werde Mitglied der KPÖ

Name: _____

Adresse: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Unterschrift: _____

Besondere Interessen/Anmerkungen:

**Eine nützliche Partei für
das tägliche Leben**



Mit einem Wort die Kommunisten unterstützen überall jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände.

In allen diesen Bewegungen heben sie die Eigentumsfrage, welche mehr oder minder entwickelte Form sie auch angenommen haben möge, als die Grundfrage der Bewegung hervor.

Die Kommunisten arbeiten endlich überall an der Verbindung und Verständigung der demokratischen Parteien aller Länder.

Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Die Schlusssätze des Kommunistischen Manifests von Karl Marx und
Friedrich Engels

Geschäftsordnung

24. Landesparteitag der KPÖ

1. Regelung der Diskussionen:

Wortmeldungen sind schriftlich bei der Konferenzleitung abzugeben. Die Redner/innenliste wird nach dem zeitlichen Einlangen der Wortmeldungen und wenn möglich dem Reißverschlussprinzip (Frau-Mann) erstellt. Die Redezeit beträgt bei der ersten Wortmeldung 5 Minuten, bei weiteren Wortmeldungen 3 Minuten.

2. Anträge: Anträge müssen schriftlich bis 24.3.2007 10.00 Uhr eingebracht werden. Die Antragsprüfungskommission kann Abänderungsvorschläge unterbreiten. Auf Wunsch der Antragsteller/innen muss jedoch über den ursprünglichen Text abgestimmt werden. Zu jedem Antrag ist je ein/e Pro- und Kontraredner/in zugelassen.

3. Wahlen: Die Wahl der zentralen Funktionär/innen im Landesvorstand erfolgt mittels Stimmzettel in geheimer Abstimmung. Gewählt ist, wer mindestens 50 Prozent der abgegebenen Stimmen plus eine Stimme erhält. Für jede zentrale Funktion können beliebig viele Alternativvorschläge gemacht werden. Durch einfache Stimmenmehrheit wird in offener Abstimmung entschieden, ob die Vorgeschlagenen in den Wahlvorschlag aufgenommen werden oder nicht. Der Wahlakt erfolgt vor und während der Mittagspause.

4. Abänderungen der Geschäftsordnung:

Über Anträge zur Abänderung der beschlossenen Geschäftsordnung wird mit einfacher Stimmenmehrheit entschieden.

5. Dauer der Landeskonzferenz:

Der 24. Landesparteitag ist von 9.30 bis 18.00 Uhr anberaumt.

24. Landesparteitag der KPÖ

Kommissionen (Vorschlag)

1. Antragsprüfungskommission

Manfred Eber
Christine Erschbaumer
Uli Taberhofer
Renate Pacher
Werner Murgg
Claudia Klimt-Weithaler
Heinz Pfingstl
Heinz Wimmeler

2. Mandatsprüfungs- Wahl- und Zählkommission

Gert Wieser
Georg Fuchs
Leopold Pacher
Gabi Leitenbauer
Clemens Perteneder
Rudi Muri

Mitglieder des Landesvorstandes, von den Bezirken entsandt:

Bezirk	Mitglieder	Ersatzmitglieder
Eisenerz/Liezen	Karl Fluch	
Fohnsdorf	Christine Erschbaumer Günther Drobesh Gerd Wieser	Waltraud Rübsamen
Graz	Manfred Eber Fabisch Andreas Felbinger Kirsten Fuchs Georg Kahr Elke Taberhofer Uli	Karin Gruber Kollant Helga Lovric Goran Wippel Herbert Zeiler Lisbeth
Kapfenberg/Bruck	Clemens Perteneder Jakob Matscheko	Milli Trub Fritz Nöst
Knittelfeld	Louise Krammer Renate Pacher Leopold Pacher	Erich Wilding Peter Lorberau Eduard Krivec
Leoben	Helmut Edlinger Gabi Leitenbauer Werner G. Murgg	Edith Hofer Jürgen Enser Karl Russheim
Mürzzuschlag	Franz Rosenblattl Kurt Kühberger	Rosamarie Zink Rudolf Muri
Oststeiermark	Edi Giesen	
Voitsberg	Dipl.-Ing. Klaus Pibernig Ralf Klimt	Fritz Batitza



STIMMZETTEL

Wahl der zentralen Funktionäre/innen
des Landesvorstandes der KPÖ Steiermark
24. Landesparteitag • 24. März 2007

	ja ^{*)}	nein ^{*)}
Franz Stephan Parteder (Landesvorsitzender)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Andreas Fuchs (Organisationssekretär)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ernest Kaltenegger (Klubobmann LTK)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Peter Scherz (Betriebsverantwortlicher)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Roswitha Koch (Kassierin)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Hanno Wisiak (KSV)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ-Frauen)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Belinda Zangerl (KJÖ)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Alfred Froschauer (ZVP)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Willi Gaisch Ehrenvorsitzender	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

**Eine nützliche Partei für
das tägliche Leben**



^{*)} zutreffendes bitte ankreuzen

24. Landesparteitag der KPÖ Steiermark

24. März 2007

Insgesamt beteiligten sich 103 der 107 anwesenden GenossInnen an der Wahl.

Wahl der Landeskontrolle

102 Stimmen wurden abgegeben, davon war 1 Stimmzettel leer.

Alle vier vorgeschlagenen Genossen wurden gewählt:

Heinz Wimmmler	101 Stimmen
Hans Merkusich	100 Stimmen
Hubert Schmidbauer	99 Stimmen
Peter Kellner	98 Stimmen

Wahl des Vermittlungsausschusses

102 Stimmen wurden abgegeben, davon war 1 Stimmzettel leer.

Alle drei vorgeschlagenen GenossInnen wurden gewählt:

Birgit Kampf	99 Stimmen
Rudi Berger	97 Stimmen
Inge Arzon	96 Stimmen

Wahl des Landesvorstandes

101 Stimmen wurden abgegeben, davon waren 100 gültig. Alle vorgeschlagenen GenossInnen wurden mit großer Mehrheit gewählt:

Franz Stephan Parteder	87 Stimmen
Andreas Fuchs	90 Stimmen
Ernest Kaltenecker	84 Stimmen
Peter Scherz	93 Stimmen
Roswitha Koch	93 Stimmen
Hanno Wisiak	95 Stimmen
Claudia Klimt-Weithaler	94 Stimmen
Belinda Zangerl	97 Stimmen
Alfred Froschauer	98 Stimmen

Willi Gaisch wurde mit 91 Stimmen zum Ehrenvorsitzenden gewählt.

Die Mandatsprüfungs-, Wahl- und Zählkommission:

Gert Wieser	Georg Fuchs	Leopold Pacher	Gabi Leitenbauer
	Clemens Perteneder		Rudi Muhri

Antrag 1

Leitantrag: Landes-Aktionsprogramm

Antrag des Landesvorstandes an den 24. Landesparteitag der KPÖ-Steiermark

Eine nützliche Partei für das tägliche Leben – und für die großen Ziele der Arbeiterbewegung

„Die Superreichen sind eine kleine Minderheit. Aber diese Minderheit bestimmt, was in der Steiermark geschieht.“ Diese Aussage unserer wahlpolitischen Plattform für die Landtagswahl 2005 gilt nach wie vor. Daran hat weder der Landeshauptmannwechsel in der Steiermark von Klasnic zu Voves, noch die Bildung einer großen Koalition unter Bundeskanzler Gusenbauer etwas geändert. Auch nach den aufgedeckten Skandalen geht die Privilegien- und Freunderlwirtschaft weiter. Die Abfertigungen und die Gehälter der Spitzenmanager sind riesig, für Beraterverträge werden Unsummen gezahlt. Der rege Wechsel zwischen Vorstandspositionen in Konzernen und einträglichen Posten in der Politik hat System.

Gleichzeitig wächst die Kritik großer Teile der Bevölkerung an der Kluft zwischen Arm und Reich in unserem Land. Das beweist auch der Einzug der KPÖ in den Steiermärkischen Landtag.

Die Politik der steirischen Landesregierung und das Regierungsprogramm der großen Koalition im Bund zeigen: Die Auseinandersetzungen zwischen ÖVP und SPÖ haben nichts mit grundsätzlichen Unterschieden in den politischen und wirtschaftlichen Strategien dieser Parteien zu tun. Die ungehemmte Kapitaloffensive hat zwischenzeitlich alle gesellschaftlichen Bereiche der Kapitalverwertung unterworfen; Gesundheit, Bildung, Pensionen werden dem Kapitalmarkt geöffnet. Für Österreich bedeutet das: eine faktische Zerschlagung der Verstaatlichten Industrie, die Öffnung der Pensionskassen für private Anbieter und damit einhergehend eine Schwächung des staatlichen Umlageverfahrens, Angriffe auf die gesetzliche Krankenversicherung – Stichwort Selbstbehalte – und schließlich die Unterordnung der Bildung unter Kapitalinteressen. Gerade die Steiermark hat durch die Privatisierung wichtiger Standorte der verstaatlichten Industrie einen vermehrten Aderlass an qualifizierten Facharbeitern zu verkraften gehabt, soziale Leistungen der ehemals verstaatlichten Betriebe wurden gegen Null gefahren. Die Gemeinden werden finanziell ausgehungert und viele von ihnen an den Rand des Bankrotts getrieben.

Privatisierung an sich wird auch von ehemals dem Gemeineigentum zuneigenden Politikern trotz anderslautender Beteuerungen nicht mehr in Frage gestellt!

EU und Großkonzerne haben ganz klare Ziele: Sozialstaat, geregelte Beschäftigung und Rechte für die arbeitenden Menschen werden unter der irreführenden Losung der „Sicherung des Wirtschaftsstandortes“ zurückgedrängt, damit die Profite stimmen. Die KPÖ bekräftigt 50 Jahre nach der Gründung der EWG ihre grundsätzliche Kritik an der EU und tritt weiterhin in Österreich und auch auf gesamteuropäischer Ebene für demokratische und soziale Alternativen zu diesem Wirtschaftsblock ein, der eine immer stärkere militärische Rolle spielen will. Die EU kommt uns allen viel zu teuer! Mit der EU gibt es keinen Frieden. Daher: Für einen ehe baldigst möglichen Austritt aus der EU!

Die steirische KPÖ zeigt auf allen Ebenen, dass sie eine nützliche Partei für die Menschen sein will. Dazu gehört auch der Umgang mit den eigenen Politgehältern. Jedes Jahr legen die Mandatarinnen

und Mandatare offen, wie ihre Politikerbezüge verwendet werden.

Uns ist kein Problem der Leute zu klein. Gleichzeitig versuchen wir, gemeinsam mit möglichst vielen arbeitenden Menschen ein Gegengewicht zur Offensive des Großkapitals aufzubauen. In der Steiermark leben mehr Arbeiterinnen und Arbeiter als Großgrundbesitzer, es gibt bei uns mehr alleinerziehende Mütter als Fabrikbesitzer, mehr Arbeitslose als Börsenspekulanten. Die KPÖ will jenen Menschen eine Stimme geben, die sonst nirgends zu Wort kommen. Es geht um die Abwehr von Verschlechterungen auf allen Ebenen und um Verbesserungen, die der Mehrheit der Menschen zu Gute kommen.

Wenn diese Mehrheit ihre Stimme erhebt, können positive Veränderungen erreicht werden. Die KPÖ bringt im Landtag, in steirischen Städten und Gemeinden, in Gewerkschaft und Arbeiterkammer den berechtigten Unmut vieler Menschen über den zunehmenden Sozial- und Demokratieabbau zur Sprache und tritt dort konsequent gegen weitere Verschlechterungen auf. Die Durchsetzung unserer Forderungen für ein besseres Leben der Arbeiterinnen und Arbeiter, der Angestellten, Pensionistinnen und Pensionisten, der Lehrlinge, Schüler und StudentInnen wird nur dann möglich sein, wenn außerparlamentarischer Widerstand mit einer konsequenten Interessensvertretung in den Vertretungskörperschaften verbunden wird! Wir fördern und unterstützen alle Initiativen, die den Auswirkungen der Globalisierung und der antidemokratischen europäischen Zentralmacht entgegenwirken.

ohnverzicht bringt keine Arbeitsplätze, Privatisierung öffentlichen Eigentums macht die Versorgung schlechter und teurer, Geschenke für die Großkonzerne machen das Kapital nur noch gieriger.

Viele Menschen wollen nicht, dass die Konzerne Höchstprofite machen, während Arbeitslosigkeit und Armut weiter wachsen. Sie wollen nicht, dass die Versorgung der Menschen mit elementaren Gütern wie Wasser und Energie in den Händen der Konzerne liegt. Sie wollen nicht, dass die Jagd nach Maximalprofiten die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit in Frage stellt. Sie wollen keinen ungehemmten Kapitalismus, sondern eine Gesellschaft der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit. Deshalb muss der soziale und ökologische Umbau der gesamten Produktions- und Lebensweise mit der Umverteilung der Einkommen und Vermögen verknüpft werden.

Wer etwas für die große Mehrheit der Bevölkerung erreichen will, der muss der winzigen Minderheit der Reichen und Superreichen etwas wegnehmen und die Macht des Kapitals zurückdrängen. Deshalb verlangen wir eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten.

Wir stehen für:

Soziale Steiermark

- Einführung eines steirischen Sozialpasses, mit dem einkommensschwachen Bürgerinnen und Bürgern der Zugang zu Sozialleistungen erleichtert wird und der auch zum ermäßigten Besuch von Kultur- und Sportveranstaltungen berechtigt.
- Abschaffung der Rückerstattungspflicht (Regress) im Sozialwesen
- Befreiung vom Taggeld im Spital – auch für mitversicherte Angehörige von Personen, die von der Rezeptgebühr befreit sind.
- Pflegesicherung ist eine Aufgabe des Staates und aus den öffentlichen Budgets zu finanzieren
- Abschaffung der Kontoführungsgebühr der Banken für Menschen mit geringem Einkommen
- Ein Mindestlohn für einen Vollarbeitsplatz bzw ein Mindeststundenlohn soll gesetzlich geregelt werden. (Derzeit wären etwa 1.100 Euro netto im Monat, bzw. von 7 Euro netto in der Stunde vorstellbar)
- Dieser Mindestlohn soll als Bemessungsgrundlage für Politikereinkommen herangezogen werden. Der höchste Politikerbezug (Bundespräsident, Bundeskanzler) darf das Zehnfache dieses Mindestlohnes nicht überschreiten!
- Für Bezieher von Transfereinkommen wie Arbeitslosenunterstützung oder Notstand und von Mindestpensionen soll eine Anhebung auf einen gesetzlich geregelten Mindestsatz erfolgen.

- Statt der Sozialhilfe Einführung einer bundesweit einheitlichen bedarfsorientierten Grundsicherung ohne Vermögensverzicht bzw. Regressforderungen für Bezieherinnen und Bezieher.
- Erhaltung des Pensionssystems auf Grundlage des Umlageverfahrens und Sicherung der Krankenversicherung ohne Selbstbehalte!
- Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Pensionen und Gesundheit.
- Wiedereinführung der Vermögenssteuer.
- Verbesserung und Ausweitung der kostenlosen Gesundheitsversorgung, beispielsweise Zahnersatz.
- Besserer Zugang zur ORF-Gebührenbefreiung
- Keine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten – keine Sonntagsöffnung

Gefahr Glücksspiel

- Durch das Ausufern des Angebotes an Glücksspielen werden tausende Menschen in den Ruin getrieben. Deshalb ist ein generelles Verbot des „kleinen Glücksspiels“ unser langfristiges Ziel.
- Vorstellbar ist ein „kleines Glücksspielmonopol“, die Einführung einer Standortabgabe, um den Wildwuchs von Wettcafés kurzfristig einzudämmen oder die Anhebung der Lustbarkeitsabgabe für Spielautomaten. Dabei sollte der Erlös zur Gänze dem Ausbau von Therapieeinrichtungen für Spieler/innen zugute kommen.
- Erhalt des staatlichen Glücksspielmonopols

Für sozialen Wohnbau

- Offensive zum Bau leistbarer Mietwohnungen. Um dies gewährleisten zu können, darf es zu keiner zweckfremden Verwendung der Wohnbauförderungsmittel kommen.
- Für Gemeindewohnungen auf Kasernengrund. Das Bundesheer soll den Gemeinden Kasernengrundstücke zu günstigen Bedingungen für den Bau von Sozialwohnungen zur Verfügung stellen.
- Ziel einer sozialen Wohnbaupolitik sollten Wohnungen sein, die sich berufstätige Mieterinnen und Mieter auch ohne Wohnbeihilfe leisten können.
- Stopp des Spekulantentums mit Grund und Boden
- Meldepflicht für leerstehende Wohnungen und Einweisungsrecht der Gemeinden.
- Volle Einbeziehung der Betriebskosten in die Wohnbeihilfe.
- Kind-Gerechtigkeit muss in allen das Wohnumfeld betreffenden baulichen Maßnahmen, insbesondere im Wohnbau, als verbindliches Kriterium gelten.
- Familiengerechte Stadt- und Regionalplanung

Arbeit und Ausbildung

- Sicherung von Arbeitsplätzen und Erhalt des öffentlichen Eigentums. Der Privatisierung von öffentlichem Eigentum folgen sehr oft der Verlust von Arbeitsplätzen und eine Verschlechterung bei Dienstleistungen für die Bevölkerung. Außerdem bedeutet beispielsweise die Auslagerung von Immobilien und deren Rückmietung durch das Land eine Verschärfung der Probleme bei der Budgeterstellung.
- Keine Privatisierung der ESTAG, sondern Übernahme der Verbundanteile an der Steweg-STEAG (SSG) durch die ESTAG und Rückkauf der steirischen Kraftwerke als Ziel einer neuen Stromlösung. Strompreissenkung und Auszahlung eines Strombonus statt die ESTAG-Dividende zum Stopfen von Budgetlöchern zu verwenden. Strompreiskontrolle.
- Keine Privatisierung der Wasserversorgung. Schutz des Wassers in die Landesverfassung aufnehmen.
- Nein zur Privatisierung und Liberalisierung des öffentlichen Verkehrs, der Dienstleistungen und der Daseinsvorsorge
- Um die Arbeitslosigkeit wirkungsvoll zu bekämpfen fordern wir auch die Schaffung eines öffentlich

geförderten Beschäftigungssektors, der Aufgaben übernimmt, die weder von privater Seite noch vom öffentlichen Dienst ausreichend wahrgenommen werden – beispielsweise in den Bereichen Altenpflege, Umwelt und Kultur.

- Schaffung der versprochenen Landesholding zur Förderung von Arbeit in öffentlichem Eigentum.
- Nutzung des Holzreichtums der Obersteiermark für industrielle Zwecke. Schaffung eines Leitbetriebes in öffentlichem Eigentum. Einstieg des Landes in die Pelletsproduktion, um dem Preisanstieg entgegenzuwirken.
- Förderung und Verbesserung der Nutzung von heimischen Rohstoffen und Energiequellen.
- Familiengerechte Arbeitsbedingungen für Frauen mit Kindern.
- Schaffung von überbetrieblichen Lehrwerkstätten in allen steirischen Regionen. Betriebe, die selbst keine Lehrlinge ausbilden, müssen gesetzlich dazu verpflichtet werden, in einen Fonds zur Finanzierung dieser Lehrwerkstätten einzuzahlen. Verbesserung und Ausbau des Berufsschulwesens.
- Verbesserung des Lehrlingsschutzes bezüglich Arbeitsverhältnis und Qualität der Ausbildung
- Gewährleistung einer unentgeltlichen gesellschaftlichen Betreuung der Kinder in Kinderkrippen, Kindergärten, Ganztagschulen und Schulhorten.
- Gesetzliche Verpflichtung für Handelsketten und Großbetriebe Betriebskindergärten einzurichten!
- Für eine differenzierte Gesamtschule bis zur 8. Schulstufe, die den Fähigkeiten und Neigungen unserer Kinder gerecht wird
- Für Ganztagschulen mit abwechselnden Unterrichts-, Übungs- und Erholungsphasen
- Freier Hochschulzugang ohne Studiengebühren
- Demokratische Hochschulen statt Auslieferung des Bildungswesens an die Interessen des Großkapitals.
- Ersatzlose Abschaffung der Studiengebühren!
- Ausweitung von bestehenden Stipendienprogrammen!

Verpflichtende Indexanpassung von Familien- und Studienbeihilfe

- Installierung umfassender Unterstützungsleistungen (in den Bereichen des öffentlichen Verkehrs, der Wohnungsangebote, etc.) von Seiten der öffentlichen Hand!
- Abschaffung der Zugangsbeschränkungen zu den Universitäten!
- Rücknahme des Universitätsgesetzes 2002 (UG02)

Demokratie und Politik

- Sozialpolitik statt Eventpolitik
- Ausbau und Erhaltung lokaler und regionaler demokratischer Strukturen im Widerstand gegen eine europäische Zentralmacht
- Abschaffung der Landesumlage für die Gemeinden
- Öffentliche Dienstleistungen in öffentlichem Eigentum erhalten
- Schaffung einer steirischen Landesvolksanwaltschaft
- Wegefreiheit – Kontrolle der kurzfristig verordneten Betretungsverbote auf ihre Richtigkeit
- Schluss mit allen Politikerprivilegien! Koppelung der Politikerbezüge an ein noch zu schaffendes gesetzliches Mindesteinkommen
- ÖVP, SPÖ und FP haben das steiermärkische Volksrechtsgesetz im Juli 2005 entscheidend verschlechtert. Die Möglichkeit, Volksbefragungen und andere Formen der direkten Demokratie einzuleiten, ist für Normalsterbliche faktisch zum toten Recht geworden. Diese Verschlechterungen müssen zurückgenommen werden. Wir brauchen mehr direkte Demokratie in der Steiermark.

Frauen

- Einführung des Individualitätsprinzips in allen Bereichen, – eigene Notstands- und Sozialhilfe auch in Ehen und Lebensgemeinschaften.
- Gleichberechtigte Berücksichtigung von Frauen in allen Lebensbereichen!

- Mehr Frauenärztinnen mit Kassenverträgen!

Kultur

- Kultur darf in der Steiermark nicht dem Tourismus untergeordnet werden. Es gilt, einen demokratischen Zugang zu Kunst und Kultur zu schaffen.
- Unabhängige Kulturinitiativen in allen Bezirken sollen vom Land unterstützt werden.
- Schutz der Grazer Altstadt
- Novellierung des Grazer Altstadterhaltungsgesetzes, um den Bestand der historischen Gebäude zu sichern und eine willkürliche Vernichtung der Bausubstanz zu verhindern. Schaffung eines unabhängigen Altstadtanwalts.

Verkehr und Infrastruktur

- Ausbau des öffentlichen Verkehrs statt neuer Autobahnen
- Einführung einer Nahverkehrsabgabe, die von den Unternehmen getragen wird zur Finanzierung des öffentlichen Verkehrs
- S-Bahn-Verbindungen zwischen Graz und der Obersteiermark
- Ausbau der Ostbahn in Richtung Szentgotthard
- Rasche Verwirklichung des Semmeringtunnels

Umwelt

- Für eine Steiermark ohne genmanipulierte Lebensmittel
- Keine Autobahn im Ennstal
- Kein Ausbau der S 7 zu einer Autobahn in der Oststeiermark
- Aktive Maßnahmen zum Schutz der Umwelt in Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen.
- Keine 380.000 Volt-Freileitung
- Projekt Spielberg-Neu nur dann realisieren, wenn alle Umweltnormen eingehalten werden.
- Bei der Bekämpfung der Feinstaubbelastung auch Industrie und LKW-Verkehr zur Verantwortung ziehen

Neutralität:

- Graz ist Standort des Bundesheer-Kommandos für Auslandseinsätze. Deshalb haben diese Forderungen in der Steiermark eine besondere Bedeutung:
- Neutralität statt Teilnahme an einer Euro-Armee.
- Das Aichfeld darf keine Militärregion werden!
- Arbeitsplätze statt Abfangjäger!
- Keine Teilnahme des Bundesheeres an den Schlachtgruppen der EU.
- Nein zur Euro-Armee!

Antrag 5

Geschäftsordnung der steirischen KPÖ (Entwurf)

1. Die Kommunistische Partei Österreichs - Landesorganisation Steiermark - gestaltet ihre **Tätigkeit in der Steiermark entsprechend ihrem Landesprogramm und den Beschlüssen** ihrer Landesparteitage.

2. Die Geschäftsordnung **regelt die Tätigkeit der KPÖ-Organisationen** und der KPÖ-Mitglieder in der Steiermark und hat für diese Gültigkeit. Die steirischen KPÖ-Mitglieder sind in Bezirksorganisationen organisiert, die sich aus Betriebs-, Orts-, und themenbezogenen Grundorganisationen sowie Stützpunkten zusammensetzen.

3. Der Landesparteitag

a) **Höchstes Beschlussgremium** in der Steiermark ist der Landesparteitag. Er tritt mindestens alle drei Jahre einmal zusammen. Alle Mitglieder der KPÖ-Steiermark sind teilnahme- und stimmberechtigt.

b) Der Landesparteitag fasst Beschlüsse über das Landesprogramm und wichtige politische Fragen.

c) Der Landesparteitag wählt in geheimer Wahl den/die Landesparteivorsitzende/n, den/die Landesgeschäftsführer/in, die Frauenverantwortliche und weitere zentrale FunktionärInnen des Landesvorstandes, die Mitglieder der Landeskontrolle und die Mitglieder des Vermittlungsausschusses. Der Landesvorstand ist verpflichtet, auf dem Parteitag über seine Tätigkeit zu berichten. Weiters nimmt der Landesparteitag den Finanzbericht sowie den Bericht der Landeskontrolle entgegen und entscheidet über die finanzielle Entlastung. Der Landesparteitag nimmt auch den Bericht des Vermittlungsausschusses entgegen.

d) Einberufung des Landesparteitages: Der Landesvorstand ist verpflichtet, den Landesparteitag längstens zwei Monate vor dem anberaumten Termin einzuberufen und diese Einberufung sowie die Tagesordnung in der Mitgliederzeitschrift kundzumachen.

Erachtet eine Bezirksmitgliederversammlung die Einberufung eines außerordentlichen Landesparteitages für notwendig, so stellt sie schriftlich und nachweislich (eingeschriebener Brief oder persönliche Übergabe) an die zuständige Leitung einen entsprechenden Antrag, der ohne Verzug allen dem Land zugehörenden Bezirksorganisationen zur Stellungnahme zu übermitteln ist.

Findet der Antrag innerhalb von zwei Monaten die Unterstützung von Bezirksorganisationen, deren Mitglieder zusammen ein Viertel der Landesorganisation repräsentieren, so ist ein Landesparteitag binnen drei Monaten einzuberufen. Auch 25 Prozent der Mitglieder können mit ihrer Unterschrift einen Landesparteitag einberufen.

Maßgeblich dafür ist die Mitgliederevidenz des Landesvorstandes.

Kommt die Leitung der Landesorganisation dieser Verpflichtung nicht nach, so ist die Leitung der antragstellenden Bezirksorganisation berechtigt, den außerordentlichen Landesparteitag einzuberufen. Die Kosten trägt in diesem Fall die Landesorganisation. Für die Vorbereitung des Landesparteitages ist der Landesvorstand verantwortlich. Vorschläge zur inhaltlichen Vorbereitung und personelle Vorschläge an den Landesparteitag sind in den Mitgliederversammlungen zur Vorbereitung der Landesparteitages zur Diskussion zu stellen und rechtzeitig den Bezirksorganisationen zur Kenntnis zu bringen. Wenn es keine Mitgliederversammlungen zur Vorbereitung gibt, sind obige Vorschläge den Mitgliedern zuzusenden.

e) Jedes Mitglied und jede Teilorganisation der Landesorganisation ist berechtigt, Vorschläge zur Durchführung des Landesparteitages und Anträge an den Landesparteitag zu stellen. Diese Vorschläge sind nach Möglichkeit vorher in den Mitgliederversammlungen zur Diskussion zu stellen und darüber Beschluss zu fassen.

Sämtliche vom Landesvorstand, einer Bezirksmitgliederversammlung, von TeilnehmerInnen des Parteitages oder anderen Mitgliedern der Landesorganisation eingebrachten Anträge sind auf dem Landesparteitag zu erörtern und ist darüber Beschluss zu fassen.

4. Der Landesvorstand der steirischen KPÖ

Der Landesvorstand der steirischen KPÖ setzt sich zusammen aus:

a. Von Bezirksmitgliederversammlungen entsandten Mitgliedern entsprechend einem vom Landesvorstand festzulegenden Schlüssel. Die von den Bezirksmitgliederversammlungen gewählten Mitglieder können von diesen jederzeit abberufen werden.

b. Aus weiteren zentral vom Landesparteitag in geheimer Abstimmung gewählten Mitgliedern. Diese können vom Landesvorstand ihrer zentralen Funktion enthoben werden. In diesem Fall bleiben sie bis zur nächsten Landeskongress weiterhin Mitglieder des Landesvorstandes.

Die Mitglieder der Landeskontrolle und des Vermittlungsausschusses werden zu den Sitzungen des Landesvorstandes beigezogen. Die Sitzungen sind parteiöffentlich.

Bei der Wahl der Landesvorstandsmitglieder ist auf eine ausgewogene Zusammensetzung nach Geschlecht, Alter und sozialen Zugängen zu achten.

Der Landesvorstand ist das höchste Organ zwischen den Landesparteitagen. Er wählt das Landessekretariat

der steirischen KPÖ, berät über aktuelle Fragen der Parteientwicklung und der Landespolitik und fasst entsprechende Beschlüsse. Er hat auf eine enge Koordinierung der verschiedenen Ebenen der politischen Arbeit (Partei, Landtagsklub, Bildungsverein, Redaktion der Parteizeitungen, Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit) zu achten. Die gegenseitige Information und die Abstimmung der Aktionen muss gewährleistet sein. Er tritt mindestens sechs Mal pro Jahr zusammen. Der Landesvorstand ist binnen 10 Tagen einzuberufen, wenn ein Drittel seiner Mitglieder es verlangt. Die Tätigkeit des Landesvorstandes ist für Mitglieder prinzipiell transparent zu gestalten. Der Landesvorstand wählt die Verantwortlichen und die Redaktionen der Parteimedien.

5. Das Landessekretariat
Für die tägliche Führung der Geschäfte ist das Landessekretariat zuständig. Ihm gehören mindestens folgende Mitglieder an: Landesvorsitzender, Landesgeschäftsführer, Finanzverantwortlicher. Der Landesvorstand wählt in geheimer Wahl weitere Mitglieder nach Maßgabe der politischen Notwendigkeiten. Ohne Stimmrecht können an den Sitzungen des Landessekretariats je ein/e Vertreter/in des KPÖ-Bildungsvereins und des Kommunalverbandes teilnehmen. Dem Landessekretariat obliegt die Führung der Geschäfte des Landesvorstandes zwischen den Landesvorstandssitzungen und die Einberufung der Landesvorstandssitzungen. Er hat dem Landesvorstand über seine Tätigkeit regelmäßig zu berichten und ist an seine Beschlüsse gebunden.

6. Die Landeskontrolle: Aufgabe der Kontrolle ist es, die gesamte finanzielle Gebarung zu überprüfen. Sie besteht aus mindestens 3 Parteimitgliedern, die nicht gleichzeitig Mitglieder des Landesvorstandes sein dürfen. Die Landeskontrolle wählt eine/n Vorsitzende/n aus ihrer Mitte. Sie stellt fest, ob Finanzmittel verantwortungsbewusst und budgetgerecht verwendet werden und das Parteieigentum ordnungsgemäß verwaltet wird. Die Kontrolle ist verpflichtet, über festgestellte Mängel umgehend zu informieren und Veränderungen zu verlangen. Sie berichtet sowohl der überprüften Leitung als auch der Kontrolle jeweils zugeordneten Entscheidungsinstanz der Partei. Die Landeskontrolle berichtet der Finanzreferentin/dem Finanzreferenten und dem Landesvorstand sowie dem Landesparteitag. Beanstandungen durch die Kontrolle sind gemeinsam mit der zuständigen Leitung zu beheben. Die Leitung muss der Kontrolle über die Behebung der Mängel berichten.

7. Der Vermittlungsausschuss Aufgabe des Vermittlungsausschusses ist die Behandlung von an

ihn herangetragenen Streitfällen zwischen Mitgliedern, Teilorganisationen und Leitungen (Entscheidungsgremien) der steirischen KPÖ, die von diesen nicht selbst zu klären sind. Die Arbeit des Vermittlungsausschusses besteht in der Prüfung behaupteter oder tatsächlicher Verstöße gegen die Geschäftsordnung der steirischen KPÖ und im Bemühen um Vermittlung zwischen den Konfliktparteien. Er ist daher kein politisches Schiedsgericht, das über die Politik von Parteileitungen, FunktionärInnen, Teilorganisationen oder Einzelmitgliedern urteilt bzw. politisch-ideologische Streitfragen entscheidet. Einzelne Mitglieder des Vermittlungsausschusses können von der/dem Betroffenen wegen Besorgnis der Befangenheit abgelehnt werden. Der Vorwurf der Befangenheit ist zu begründen. Ein Antrag auf Befangenheit kann nur erhoben werden, wenn das für befangen erklärte Mitglied des Vermittlungsausschusses einem Gremium angehört, das in den Streitfall involviert ist. Über das Vorliegen der Befangenheit entscheidet der Vermittlungsausschuss ohne Mitwirkung des abgelehnten Mitglieds. Diese Entscheidung ist endgültig. Alle vom Vermittlungsausschuss zu bearbeitenden Konfliktfälle werden von dieser unter Anhörung der Konfliktparteien behandelt und abgeschlossen. Der Vermittlungsausschuss wird vom Landesparteitag in direkter und geheimer Wahl gewählt. Er besteht aus mindestens drei Mitgliedern, die eine/n Vorsitzende/n aus ihrer Mitte wählen. Dem Vermittlungsausschuss darf kein Mitglied des Landesvorstandes angehören. Der Vermittlungsausschuss ist in seiner Tätigkeit selbstbestimmt und nur dem Landesparteitag verantwortlich.

8. Öffentliche Funktionen
Die KPÖ Steiermark betrachtet politische Ämter, in welche Mandatarinnen und Mandatäre in ihrem Namen entsandt werden prinzipiell als Ehrenämter. Mitglieder der Partei, die auf Vorschlag der Partei in öffentliche Funktionen gewählt werden, die mit regelmäßigen Geldeinkünften verbunden sind, verpflichten sich diese Einkünfte - soweit es sich nicht um eine reguläre Entlohnung aus einer hauptamtlichen Politiker/innen/arbeit handelt - der zuständigen Parteiorganisation abzuliefern. Bestimmte Pauschalbeträge für besondere Aufgaben können bewilligt werden. Es obliegt der zuständigen Parteileitung dazu ein verbindliches Regulativ zu beschließen. Für reguläre Entlohnungen aus einer hauptamtlichen Politiker/innen/arbeit legt die zuständige Parteileitung eine Einkommensgrenze fest, die sich am Facharbeiterlohn orientiert. Einkünfte, die diese Grenzen überschreiten, sollen für die sozialen Kämpfe der Werk tätigen bzw. für soziale Notfälle im Bereich des ausgeübten öffentlichen Mandates eingesetzt werden.

** Antrag 5: mit einer Gegenstimme und 4 Enthaltungen angenommen*

Antrag 2

Antrag der Grazer Bezirkskonferenz an den Landesparteitag:

- Installierung einer „breiten“ Arbeitsgruppe „Betriebsarbeit“, die demnächst ihre Arbeit aufnimmt mit dem Ziel, den GLB in Graz und der Steiermark wieder sichtbar zu positionieren.
- Bereitstellung personeller, materieller wie räumlicher Ressourcen, um diese Arbeit gezielt koordinieren zu können; beantragt wird die Anstellung einer in Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit erfahrenen Kollegin- bzw. eines Kollegen, die/der zumindest 16 Wochenstunden bezahlt und sozial abgesichert dieser Tätigkeit nachgehen kann. Voraussetzung für die Anstellung ist ein vom Landesvorstand zu erstellendes Anforderungsprofil. Erstellung eines eigenen und autonomen Budgets für Betriebs- und GLB-Arbeit in der Stmk.
- Die GLB-Zeitung „Die Arbeit“ wird jährlich 4 x zusätzlich in Graz bzw. der Stmk. als Überdruck von bis zu 2000 Stück zwecks Hilfestellung und Unterstützung steirischer Betriebs- und Gewerkschaftsbelange hergestellt, verteilt bzw. versendet.
- Gezieltes „Networking“, um erneut und verstärkt Einfluss für Belange der zu vertretenden Kolleginnen und Kollegen in Betriebs-, ÖGB- und AK-Gremien nehmen zu können.
- Gezielte Pressearbeit bzw. Presseaussendungen

Antrag 4

Antrag der Bezirkskonferenz Bruck/Mur-Kapfenberg an den Landesparteitag der KPÖ-Steiermark

Die Bezirkskonferenz Kapfenberg- Bruck/Mur stellt den Antrag, die Landesvorstandssitzungen in Zukunft abwechselnd in allen Bezirksorganisationen zu veranstalten, sofern dies räumlich möglich ist.

* Antrag 4: mit 3 Gegenstimmen und 8 Enthaltungen angenommen

Antrag 3

ANTRAG DER LEOBENER BEZIRKSKONFERENZ AN DEN LANDESPARTEITAG DER KPÖ-STEIERMARK

Für eine einheitliche kommunistische Partei in Österreich

Die kommunistische Bewegung in unserem Land hat sich in den letzten Jahren auseinander entwickelt. Das hat vielfältige Ursachen; organisatorische ebenso wie politisch-ideologische. Im Rahmen dieses Prozesses hat sich die KPÖ Steiermark ein eigenes Programm gegeben und ihre Politik darauf, sowie auf der jahrzehntelangen praktischen Erfahrung ihrer Genossinnen und Genossen vor Ort, erfolgreich entwickelt. Bereits der 30. Parteitag hat die Parteiführung beauftragt, der Partei ein neues Programm vorzulegen und die Rahmenbedingungen für dieses Programm vorgegeben. Dem ist der Bundesvorstand der KPÖ nicht nachgekommen. Die KPÖ Steiermark hat mit der Ausarbeitung ihres Landesprogrammes diesen Parteitagsbeschluss umgesetzt. Während die Bundes-KPÖ der europäischen Linkspartei beigetreten ist und damit ihr EU-kritisches Profil geschwächt hat, versucht sich die KPÖ-Steiermark als marxistische Partei vom Typ der Vielfalt, als Zusammenschluss unterschiedlicher, sich auf den Marxismus stützender Richtungen und Strömungen zu entwickeln und ihre fundamentale EU-Kritik zu stärken. Trotzdem schreien die Verhältnisse in Österreich objektiv nach einer einheitlichen, kampffähigen, österreichweit agierenden kommunistischen Partei der Arbeiterinnen- und Arbeiterklasse. Dieser Tatsache ist sich auch die KPÖ-Steiermark bewusst. Die Bundes-KPÖ will im kommenden Dezember ihren nächsten Parteitag abhalten. Die KPÖ Steiermark will sich einer Teilnahme an diesem Parteitag nicht prinzipiell verschließen. Er könnte ein erster Schritt zu einem österreichweiten Neubeginn der kommunistischen Bewegung sein. Die KPÖ-Steiermark wird aber, um der Teilnahme an einem solchen Parteitag willen, nicht ihre während der letzten Jahre erarbeiteten Grundsätze über Bord werfen.

ANTRAG

Die KPÖ-Steiermark wird an einem Bundesparteitag der KPÖ nur unter folgenden Bedingungen teilnehmen:

- 1.) Annullierung der Beschlüsse des „33.“ Parteitages der KPÖ.
- 2.) Durchführung des Parteitages als Mitgliederparteitag gemäß den Beschlüssen des 32. Parteitages. Das bedeutet: Alle Mitglieder, die zum Zeitpunkt der Beendigung des 32. Parteitages Mitglieder der KPÖ waren, sind an diesem Parteitag teilnahmeberechtigt.
- 3.) Der Parteitag setzt an den am 32. Parteitag gefassten Beschlüssen fort. Zu seiner Vorbereitung wird eine aus Vertreterinnen und Vertretern aller Bundesländer zusammengesetzte Kommission einberufen, welche auf Basis der Beschlüsse des 32. Parteitages diesen Parteitag vorbereitet.

** Antrag 3: bei 1 Enthaltung angenommen*

Antrag 6

Antrag der Bezirksleitung Mürzzuschlag an den Landesparteitag der KPÖ Steiermark

Durch die großen Wahlerfolge der Vergangenheit sind personelle und organisatorische Maßnahmen zur Stärkung des Landesvorstandes bzw Sekretariats im allgemeinen und der Funktion des Landessekretärs im Besonderen notwendig. Die Kompetenz und Tätigkeit eines Landessekretärs muss der geänderten Situation Rechnung tragen. Der Landesparteitag möge dem neuen Landesvorstand den Auftrag erteilen, ein wirkungsvolles Instrument und eine übersichtliche Struktur mit den personellen, technischen und organisatorischen Voraussetzungen einzurichten. Dieses soll auf die Interessen und Bedürfnisse der lokalen Organisationen mit ihren Mandataren, aber auch auf alle zentralen Gremien zugeschnitten sein. In diesem Instrument soll auch der Bildungsverein als zentrale Servicestelle mit klarer Weisungsgebundenheit eingebunden sein.

Begründung: Tatsächlich haben sich im Zuge der großen Wahlerfolge zum Teil parallele und auch unübersichtliche Strukturen „eingeschlichen“.

Zu den Aufgaben eines Landessekretärs der drittstärksten steirischen Partei gehört unserer Meinung nach weder das steiermarkweite Blumenverteilen noch die technische Erstellung der diversen Printmedien. Die Kommunikation innerhalb der Partei ist kaum vorhanden, wie auch die Öffentlichkeitsarbeit außerhalb der Parteimedien. Dieser unhaltbare Zustand rührt noch aus einer Zeit in der hinten und vorne improvisiert werden musste. Nunmehr müssen aber die Voraussetzung dahingehend geändert werden um nicht in ein paar Jahren auf diesen Stand zurückzufallen.

Antrag 7

Antrag der Bezirksleitung Mürzzuschlag an den Landesparteitag der KPÖ Steiermark

Der Landesparteitag beauftragt den neuen Landesvorstand ein Bildungskonzept für alle Bereiche der steirischen KPÖ auszuarbeiten und umgehend umzusetzen. Es sollen politische Grundschulungen genauso wie fachspezifische und persönlichkeitsentwickelnde Weiterbildungsmaßnahmen stattfinden.

Begründung: In den letzten Jahren fanden immer wieder neue GenossInnen zur Partei. Marxistische Schulungen fanden wenn, nur unzureichend statt. Unsere Mandatare benötigen fachliches Wissen genauso wie Präsentationsfähigkeiten um in den diversen Gremien zu bestehen.

* *Antrag 6: einstimmig angenommen*

* *Antrag 7: einstimmig angenommen*

Antrag 9

Antrag des von Ernest Kaltenegger an den Landesparteitag

Die KPÖ- Steiermark unterstützt die Initiative „Spielsucht? Nein danke!“ und führt eine Kampagne zu diesem Thema durch.

Begründung

Mit Glücksspielen werden Milliardenumsätze und gewaltige Gewinne erzielt. Die Verlockungen, es einmal mit einem Spiel zu versuchen, werden täglich mehr. Die Zahl an Casinos und Wettcafés hat eine Rekordhöhe erreicht, im Internet werden ständig neue – in der Regel äußerst dubiose – Spiele um Geld angeboten.

Die Schattenseiten dieser Entwicklung ist ebenfalls nicht mehr zu übersehen: Tausende Menschen wurden bereits durch Spielsucht finanziell ruiniert, nicht wenige gerieten auf die schiefe Bahn, um ihre Spielsucht finanzieren zu können. Zusätzlich zu diesen menschlichen Tragödien muss auch festgestellt werden, dass der Allgemeinheit mittlerweile hohe Kosten dieser dramatischen Entwicklung zu tragen hat.

Die zuständigen Politiker schauen oft weg oder begünstigen das Ausuferndes Glückspielangebotes sogar. Um sie aufzurütteln fordern nachstehend angeführte Unterzeichnerinnen und Unterzeichner wirksame Maßnahmen gegen die zunehmende Spielsucht. Als solche erscheinen notwendig:

1. Rigorose Kontrollen seitens der Behörden, um die Einhaltung bestehender Gesetze zum Glücksspiel durchzusetzen. Dabei ist besonderes Augenmerk auf den Schutz von Kindern und Jugendlichen zu richten.
2. Eindämmung des Überangebotes an Glücksspielen durch Anhebung der Lustbarkeitsabgabe für Spielautomaten in der Steiermark mindestens auf das Wiener Niveau (1.400 Euro pro Automat und Monat) sowie durch Einführung einer Standortabgabe auf Wettcafés.
3. Verpflichtende Registrierung von BenutzerInnen von Spielautomaten in Wettcafés und casinoähnlichen Lokalen. Alle Automatenbetreiber haben Vorsorge dafür zu treffen, dass sich Spielerinnen Spieler sperren lassen können.
4. Kreditkartenunternehmen soll die finanzielle Abwicklung von Glücksspielen im Internet untersagt werden. In den USA wurde ein solcher Schritt bereits gesetzt.
5. Schaffung von mehr Therapieeinrichtungen für Spielsüchtige.
6. Werbeverbot für Glücksspiele um Geld.

Alle Politikerinnen und Politiker in der Steiermark sind aufgefordert, endlich gegen die teuerste Sucht der Welt aktiv zu werden!

Antrag 9: mit 20 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen angenommen

Antrag 12

Antrag zur Steirischen Volksstimme” Antragsteller Willi Gaisch

Ergänzung zum Antrag 1 betreffend „Gefahr Glücksspiel“ Hinzufügung am Ende des Absatzes:
„Erhalt des staatlichen Glücksspielmonopols.

Die Redaktion der „Steirischen Volksstimme“ wird beauftragt unter Hinzuziehung von **marxis-tischen** Soziologen und Psychologen aufzudecken, warum immer mehr Menschen der Spielsucht verfallen. Untersuchung der gesellschaftlichen Hintergründe und Motive, warum immer mehr Menschen auf hoffnungslose Weise versuchen die immer tiefere Kluft zwischen ihrer tatsächlichen Lebensweise und den unerreichbaren Bildern des materiell gesättigten Lebens der Reichen zu überbrücken. Es geht um die Enthüllung des ideologischen Einflusses der Herrschenden auf breiteste Volksmassen, die eskapistische Strategien entwickeln, d.h. ihre Flucht vor dem Leben und Vermeidung einer verantwortungsbewußten Auseinandersetzung, was sich im Zocken (Lotto, Wetten, Internetspiele) niederschlägt, ihre eigentlich unlebbaeren Lebens- und Werteverhältnisse zu kompensieren bzw. zu bewältigen.

ANTRAG an den 24. Landesparteitag der KPÖ Steiermark eingebracht von Lotte Rombach

Der Landesparteitag der KPÖ Steiermark verurteilt den Verkauf der parteieigenen Wielandschule (Ernst Kirchweger Haus) in Wien im Oktober 2004 durch den damaligen Vorsitzenden der KPÖ Walter Baier an die Firma eines ehemaligen Mitglieds der faschistischen ANR, Christian Machowetz.

Begründung- Es ist unmoralisch und Kommunisten nicht würdig, Geschäfte mit Neonazis zu machen; zusätzlich schadet es dem antifaschistischen Ruf der KPÖ. Lt. Gerichtsurteil vom 7. Dezember 2006 wurde bewiesen, dass C. Machowetz in den 70-er Jahren Mitglied der neonazistischen „Aktion Neue Rechte (ANR)“ war, die wegen Wiederbetätigung verboten wurde. Wie erinnerlich wurde der Antifaschist Genosse Ernst Kirchweger von einem Nazi bei einer Kundgebung gegen den reaktionären Prof. Taras Borodajkewicz getötet.

** Antrag Rombach (Verurteilung Verkauf Wielandschule): bei 7 Enthaltungen angenommen*

Antrag zur Solidarität mit dem KSV

von Maria Koller, Goran Lovri, Jakob Matscheko, Andreas Nitsche, Stephan Podrepschek, Hanno Wisiak, Sebastian Wisiak und Belinda Zangen an den Landesparteitag der KPÖ Steiermark, 24. März 2007

Der Landesparteitag der KPÖ Steiermark möge beschließen:

Die KPÖ-Steiermark bekennt sich zum Kommunistischen StudentInnenverband (KSV) mit all seinen Grundorganisationen und verurteilt aufs Schärfste das Vorgehen des KPÖ-Bundesvorstands, der in verschiedenen Universitätsstädten gegen den KSV arbeitet, indem er Konkurrenzvereine gründet und diese massiv finanziell, juristisch und infrastrukturell unterstützt.

Die KPÖ-Steiermark erkennt also den neu gegründeten KSV-Konkurrenzverein „Linke Liste KSV-Wien“ und all seine Regionalverbände (bis dato in Wien, bald auch in Linz und Klagenfurt/Celovec) nicht als befreundete oder gar Vorfeldorganisationen an, sondern stuft ihn als Spaltungsversuch der Kommunistischen Bewegung an den Unis und somit als schädlich ein.

Die steirische KPÖ erklärt sich explizit solidarisch mit den KSV-Grundorganisationen, denen nun von der „Linken Liste“ Konkurrenz und teilweise sogar der Name abgespenstig gemacht wird.

Diese KSV-GOs sind:

- Die „KJÖ-StudentInnen“ (der KSV der Uni Wien),
- der „KSV-Wien“ (der KSV an den restlichen Wiener Unis),
- der „KSV-Linz“
- „KSV-Klagenfurt/ Celovec“,
- der „KSV-Innsbruck“,
- der „KSV-Salzburg“ und
- der „KSV-Graz“.

Begründung:

Die KSV-Bundesleitung, der Mitglieder der KSV-Landesorganisationen Wien, Graz und Salzburg angehörten, berief eine Bundeskonferenz für den 2. Juli 2006 ein. Ein geringer Teil des Wiener KSVs boykottierte diese BuKo nicht nur, sondern gründete ohne vorhergehende Diskussion und ohne überhaupt den Austritt aus dem KSV bekannt zu geben, am 1. Juli (einen Tag zuvor also!) einen neuen Verein mit Namen „Linke Liste KSV- Wien“.

Versuche seitens des KSV, den Bruch zu kitten, blieben unbeantwortet, dafür mussten wir mit Entsetzen feststellen, dass die neu gegründete „Linke Liste“ zuerst heimlich und dann sogar dezidiert die Unterstützung des KPÖ-Bundesvorstands bekam. Auch unsere (u.a. auf der Seite der KPÖ-Salzburg dokumentierten) Versuche, mit dem KPÖ-BuVo zu verhandeln wurden abgewiesen. Weiters mussten wir eine bereits von langer Hand geplante Hetzkampagne an der Universitätsvertretung in Wien (der KSV hat hier zwei Mandate) erkennen, die zuerst intrigant, schnell aber offen und aggressiv geführt wurde. Auch weigerte sich der Zustellungsbevollmächtigte des KSV an der Uni Wien und der KSV-Bundesliste die Zustellungsbevollmächtigung abzugeben, da er sich nun der „Linken Liste“ zurechnete. So entstand die bewusst irreführende Situation, dass die „Linke Liste“ an der Uni Wien als „KSV“ und der KSV als „KJÖ-StudentInnen“ bei der ÖH-Wahl im Mai d.J. antreten muss. Der antidemokratischen Hochschulernnenschaftswahlordnung HSWO sei Dank.

Ähnlich irreführend gestaltet sich die Situation bei der Bundesliste, wo die „Linke Liste“ ebenfalls versucht, dem KSV den Namen zu stehlen, um dadurch ihre politische Inaktivität vertuschen zu können, um so noch eine Überlebenschance bei den ÖH-Wahlen zu haben. Es könnte also durchaus am Ende so aussehen, dass z.B. der KSV an der Karl-Franzens-Uni in Graz als „KSV“ kandieren kann, aber den WählerInnen erklären muss, wieso er nun zur Bundesliste „KJÖ-StudentInnen“ gehört und wieso die Bundesliste „KSV“ nichts mit dem KSV zu tun hat, sondern vielmehr der „Linken Liste“ zuzurechnen ist.

Jeder Mensch in Österreich weiß, dass diejenige Organisation des kommunistischen Spektrums, die vernünftig und ernst zu nehmen ist und deren Urteil Gewicht und Glaubwürdigkeit hat, die KPÖ-Steiermark ist. Eine explizite Unterstützungserklärung der KPÖ-Steiermark gibt dem KSV und seinen GOs wie seiner Bundesliste - egal wie diese nun heißen mögen - etwas von dieser Ernsthaftigkeit, Seriosität und auch etwas vom guten, sozialen und kämpferischdemokratischen „Image“ der KPÖ-Steiermark ab.

Diese Unterstützungserklärung ist eine wichtige Hilfe im KSV-Wahlkampf.

** Antrag Koller u. a. (KSV-Solidarität): einstimmig angenommen*

Antrag zur Marxistischen Bildungs- und Programmarbeit

von Hanno Wisiak (BO Graz) an den Landesparteitag der KPÖ Steiermark, 24. März 2007

Der Landesparteitag der KPÖ-Steiermark möge beschließen,

- einen für alle interessierten Parteimitglieder offenen Arbeitskreis beim Landesvorstand einzurichten, der sich mit Fragen der marxistischen Bildung für die steirische Parteimitgliedschaft und interessierte SympathisantInnen befasst.
- Auch die programmatische Arbeit, deren Grundstein mit dem steirischen Landesprogramm gelegt wurde, wird fortgesetzt, um auch den neuesten Entwicklungen in unserer täglichen Politik Rechnung tragen zu können, weil wir sie marxistisch analysiert haben.
- Dieser Arbeitskreis wird ein mehrstufiges Konzept zu den Grundlagen der marxistischen Weltanschauung und ihrer Anwendung und Umsetzung in der politischen Praxis erarbeiten.
- Der Arbeitskreis wird Seminare und Fortbildungskurse abhalten sowie Reader bzw. Broschüren erstellen. Dafür werden ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt.

Begründung:

Genosse Parteder hat in seinem Referat auf der Sitzung des Landesvorstandes der steirischen KPÖ am 3. Feber 2007 richtiger Weise gesagt: „Uns darf kein Problem der Leute zu klein sein; gleichzeitig dürfen wir auf unseren marxistischen Konipass nie/lt vergessen.“

Die Wichtigkeit dieses Kompasses hat sich nicht zuletzt bei den Nationalratswahlen gezeigt, als viele steirische GenossInnen - völlig zu Recht - darüber empört waren, was Mirko Messner im ORF an Unsinn von sich gegeben hat.

Auch in der Mitgliedschaft der: KPÖ Steiermark herrscht reges Interesse an marxistischer Grundlagen- und Bildungsarbeit, wie das Seminar der KPO Graz gezeigt hat.

Im Landesvorstand gibt es seit Langem Diskussionen über das Wie dieser theoretischen Arbeit. Durch die Einrichtung dieses offenen Arbeitskreises soll eine Basis sowohl dafür als auch für die Überprüfung unserer Theorie in der alltäglichen politischen Praxis geschaffen werden.

** Antrag Wisiak (Marxistische Bildungs- und Programmarbeit): mit 2 Gegenstimmen und einer Enthaltung angenommen*

Antrag 13

Ergänzungsantrag zu Antrag 2 Antragsteller Willi Gaisch

2 Absatz: betrifft Anstellung einer im Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit erfahrenen Kollegin bzw. Kollegen.

Einfügung am Ende des Satzes: Voraussetzung für die Anstellung ist ein vom Landesvorstand zu erstellendes Anforderungsprofil.

Antrag 14

Ergänzungsantrag zu Antrag 5 (Geschäftsordnung) Antragsteller Willi Gaisch

Punkt 6. **Landeskontrolle** wird im ersten Satz die Formulierung „entsprechend dem Parteiengesetz in der geltender Fassung“ gestrichen.

Begründung: Das Parteiengesetz findet auf die interne finanzielle Gebarung der KPÖ keine Anwendung.

Antrag 11

b.) Eine weitere Ergänzung zum Antrag 1 betrifft die Finanzierung des Aktionsprogramms, die aus nur zwei Forderungen im Abschnitt „Soziale Steuermark“ besteht (Wertschöpfungsabgabe und Wiedereinführung der Vermögenssteuer)

Antrag:

Bildung eines eigenen Blocks mit Finanzierungsvorschlägen für das ganze Aktionsprogramm, die zu, Teil schon in den Papieren zur Landtags- und Nationalratswahl aufscheinen. Dazu auch die Forderung nach einem Staatsschulden-Moratorium (vor Jahren schon von uns gefordert). Die jährlich nicht abnehmende gigantische Zinslast der Staatsschuld ist fast ebenso groß wie die Guthaben österreichischer Privatpersonen oder Kapitalgesellschaften (rund 75 Milliarden Euro) die die Zinsen kassieren.

Vorschlag: Besteuerung aller Formen der Geld- und Kapitalanlagen die die Höhe möglicher Ersparnisse aus Lohn- und Gehalt übersteigen. Auflage einer Anleihe mit Zeichnungspflicht für Banken, Bausparkassen, Investmentfonds und Versicherungen mit einer Minimalverzinsung in der Höhe der Inflationsrate und der Verpflichtung nach fünf Jahren die Tilgung vorzunehmen. Einfügung der Forderungen durch den neuen Landesvorstand.

* Antrag 11 a) Ergänzung: „Die EU kommt uns zu teuer. Mit der EU gibt es keinen Frieden. Daher: für einen ehebaldigst möglichen Austritt aus der EU.“

angenommen mit einer Enthaltung

* Antrag Matscheko (EU) zurückgezogen

* Antrag 12: mit 5 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen angenommen

* Antrag 1: bei 6 Enthaltungen angenommen

* Antrag 13: mit 6 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen angenommen

* Antrag 2: bei 4 Enthaltungen angenommen

* Antrag 3: bei 1 Enthaltung angenommen

* Antrag Rombach (Mitgliederparteitag): mit 8 Pro- und 20 Gegenstimmen abgelehnt

* Antrag 4: mit 3 Gegenstimmen und 8 Enthaltungen angenommen

* Antrag Murgg (zu Nr. 8 - Ehrenämter): einstimmig angenommen

* Antrag 8: bei 4 Enthaltungen angenommen

* Antrag 10 zurückgezogen

* Antrag 15: bei einer Enthaltung angenommen

* Antrag 14: bei 7 Enthaltungen angenommen

* Antrag 5: mit einer Gegenstimme und 4 Enthaltungen angenommen

* Antrag 6: einstimmig angenommen

* Antrag 7: einstimmig angenommen

* Antrag Wisiak (Marxistische Bildungs- und Programmarbeit): mit 2 Gegenstimmen und einer Enthaltung angenommen

* Antrag 9: verändert: Antrag von Ernest Kaltenegger

Pkt. 3. 1. Satz neu: Verpflichtende Registrierung von BenutzerInnen von Spielautomaten in Wettcafés und casinoähnlichen Lokalen... mit 20 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen angenommen

* Antrag Koller u. a. (KSV-Solidarität): einstimmig angenommen

* Antrag Rombach (Verurteilung Verkauf Wielandschule): bei 7 Enthaltungen angenommen

* Antrag Rombach (U-Ausschuß Wielandschule): mit 22 Pro-, 28 Gegenstimmen und 20 Enthaltungen abgelehnt

* Antrag Rombach (Offenlegung Vermögen Graber): mit 10 Gegenstimmen und 16 Enthaltungen angenommen

PROTOKOLL DER KONSTITUIERENDEN LANDESVORSTANDSSITZUNG VOM 24. MÄRZ 2007

Beginn: 17.30 Uhr. Ende 17.50 Uhr

Gen. Parteder schlägt die Mitglieder der Finanzkommission vor: Ernest Kaltenegger (Vorsitzender), Elke Kahr, Roswitha Koch (Kassierin), Renate Pacher. Einstimmige Wahl.

(Die Finanzkommission konstituiert sich an Ort und Stelle und wählt Ernest Kaltenegger zu ihrer Vorsitzenden. Kaltenegger ist ab sofort Ansprechpartner für die Steiermärkische. Die vier Mitglieder der Finanzkommission sind für alle Konten - KPÖ, Hausdruckerei, Volkshaus – zeichnungs-berechtigt, wobei mindestens 2 Unterschriften vorgelegt werden müssen).

Gen. Parteder schlägt als Mitglieder des Landessekretariats vor: Parteder (Landesvorsitzender), A. Fuchs (Landesgeschäftsführer), Kaltenegger (Vorsitzender der Finanzkommission), Klimt-Weithaler (Frauenvorsitzende), Kahr, Murgg, Pacher, Perteneder. Einstimmige Wahl.

Protokoll: F. St. Parteder

Unsere Toten

Elisabeth Bärnthaler
Franz Bergmann
Uli Buchinger
Max Breznik
Ulrike Candler
Josefine Gollner
Robert Gollner
Johann Irzl
Franz Kern
Peter Kerschenbauer
Kurt Kirchleitner
Hugo Kowatsch
Max Korp
Maria Kulmer
Aloisia Leitenbauer
Robert Lepuschütz
Franz Leitner
Josef Mass
Maria Mariacher
Max Muchitsch
Alois Pisnik
Hubert Plavse
Anna Pfingstl
Josefine Reicht
Max Rössler
Alfred Setscheny
Rudolf Sandriesser
Franz Schick
Jürgen Schloffer
Karl Schwab
Maria Singer
Johann Spitzer
Ludmilla Stark
Ernst Wassner
Rosa Weber
Eduard Wiesler
Rudolf Zearo
Richard Zabernig,
Franz Zach